

24.06.2026

# Zählen was zählt

## Vorgeschichten unseres Rechnungswesens im Zeichen der ExStra

Von: Julika Griem

Da wir im deutschen Wissenschaftssystem Steuergelder verausgaben, gilt es jeden Keks korrekt abzurechnen. An der schnell erreichten Grenze guter Gastfreundschaft bleibt es für viele Professor:innen zumutbar, den ohnehin frugaler genossenen Wein mal selbst zu übernehmen, weil die Bewirtschaftungsregeln vermutlich nicht verändert werden. Für diejenigen, die *accountability* im ursprünglichen wie übertragenen Sinne des Wortes verteidigen, hält unser Abrechnungswesen anspruchsvollere Herausforderungen bereit: zum Beispiel angesichts von Inkonsistenzen in der Budgetierung, die in Deutschland immer noch zwischen Autonomie und Kameralistik schwankt und Mehrarbeit erzeugt, wenn Einrichtungen zwar kooperieren wollen, es aber unterlassen, ihre Finanzabteilungen entsprechend vorzubereiten.

Dieser Schattenseite steht eine Schauseite lustvoller Buchführung gegenüber, wenn es etwa darum geht, *assets* aufzuzählen, mit denen sich von Quantität auf Qualität kurzschließen und in Wettbewerben punkten lässt. Gerne immer noch in Kopffzahlen, obwohl bekannt ist, dass beispielsweise in der Betreuung von Promovierenden weniger mehr sind. In den ExStra<sup>1</sup>-Anträgen und ihren aktuell publizierten Evaluations-Zwischenberichten auch regelmäßig in prozentualen Aufwüchsen von Professur-Besetzungen mit Frauen; erleichtert darüber, dass so mit wenigen Zahlen Erfolgsgeschichten zu platzieren und Belobigung und Belohnung zu sichern sind. Und natürlich in der Auflistung möglichst hoher Drittmittelsummen, denn kleine Förderformate machen den Exzellenz-Kohl nicht fett.

Weniger ausführlich wird gegenwärtig über andere Ökonomien der Wissensgesellschaft gesprochen – wie in protestantischen Familien scheint es zum guten Ton am Exzellenz-Familientisch zu gehören, das Geld außen vor zu lassen. Oder genauer: Wann immer

wachsende Investitionen als strategisch herbeigeführte Reputationsgewinne ausgewiesen werden können, sind alle gern dabei, während realistischen Kosten-Nutzenrechnungen im dauernden Ausnahmezustand des Großwettbewerbs ein Hautgout kleinbürgerlichen Verlierertums anzuhafte scheint. Der Wissenschaftshistoriker Marian Füssel hat das „schwierige Verhältnis des Gelehrten zum Geld“ als „topische Negation der Bedeutung des Ökonomischen“ bis ins 17. Jahrhundert zurückverfolgt, welches er als „take-off Phase in der Etablierung marktförmiger Strukturen“ in der Wissenschaft beschreibt.<sup>2</sup> Bereits in der Barockzeit bilden sich „Homologien zwischen Handelskultur und wissenschaftlicher Innovation“ heraus,<sup>3</sup> die in strukturverwandter Form gegenwärtig begeistert bewirtschaftet werden. Zwar entwickelt sich der Begriff des Marktes erst Mitte des 18. Jahrhunderts zu einem theoretisierbaren Konzept, das nicht mehr nur den konkreten physischen Ort des Austausches von Gütern gegen Geld bezeichnet. Bereits zuvor spielen sich jedoch schon Routinen ein, mit denen sich die Gelehrtenrepublik vom schnöden Mammon und seinen prekären Niederungen abzuwenden sucht: Es bilden sich Schattenökonomien unsichtbarer akademischer Arbeit heraus, Plagiatoren werden als „Raubritter“ oder „Wegelagerer“ gekennzeichnet, mutmaßliche Scharlatane mit dem Jahrmarkt in Verbindung gebracht und zu auffälliger und kapitalisierbarer Erfolg wird als moralisch suspekt unter Verdacht gestellt.<sup>4</sup>

Füssel rekonstruiert Formen eines „kognitiven Frühkapitalismus“, in dem sich unsere deutsche Gegenwart auf aufschlussreich verfremdende Weise spiegeln lässt. So ist z.B. schon 1718 die Rede von jenem „hazard“, der in Max Webers 1917 gehaltenem Vortrag „Wissenschaft als Beruf“ mit Blick auf die Risiken einer Gelehrten-Existenz eine zentrale Rolle spielt.<sup>5</sup> Und während mit Johann Joachim Bechers „Philosophischer Gesellschaft“ bereits 1678 eine utopische Gemeinschaft skizziert wurde, um „Wohnung/Speiß/Tranck und Leiber versorgt/und der Geld-Sorg überhaben zu seyn“<sup>6</sup>, diskutierte man in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg Konzepte einer Grundsicherung für Geistesarbeiter:innen, um sie von pekuniären Zwängen zu entlasten. Wie sich die deutschen Debatten zu Beginn des 20. Jahrhunderts angesichts von Inflation und Währungsverlusten konkretisieren, erarbeitet die Wissenschaftshistorikerin Monika Wulz in ihrer Habilitationsschrift mit dem Arbeitstitel „Ökonomien geistiger Arbeit“.<sup>7</sup> In der Wirtschaftskrise der Weimarer Republik wurden angesichts von Sparmaßnahmen im Wissenschaftssystem utopische, gewerkschaftliche und klassenkämpferische Vorstellungen diskutiert. Ganz anders adressierte der Nationalökonom und Soziologe Alfred Weber wenige Jahre nach dem Vortrag seines Bruders Max die „Not der geistigen Arbeiter“ auf der Tagung der Gesellschaft für Sozialpolitik: Geistige Arbeit „darf nicht ausgerichtet sein auf Geld. [...] Das Ökonomische darf nur der notdürftige Schemel sein, auf den sie sich niederlassen kann, wenn sie müde ist. Sie ist entstellt und entwertet, wird sie Geldberuf“. Weil laut Alfred Weber „der Wert dieser geistigen Arbeit für die Gesamtheit [...] nicht errechenbar, nicht quantifizierbar, nicht meßbar“ sei,

könne die notwendige Unabhängigkeit wissenschaftlichen Arbeitens nur in Form von „Rentenintellektuellen“ realisiert werden, die sich ihre Autonomie aufgrund von Einkünften aus ererbten Aktien- und Immobilienvermögen zu leisten vermögen.<sup>8</sup>

Allein die historisierenden Forschungsbeiträge von Füssel und Wulz illustrieren die Entstehung der modernen Forschungsuniversität, die William Clark bereits 2006 als Konvergenz aus protestantischen Buchhaltungs- und Bürokratisierungspraktiken und der zunehmenden Marktförmigkeit der Wissenschaft beschrieben hat.<sup>9</sup> Diese in vielen westlichen Wissenschaftssystemen auf ähnliche Weise zu beobachtende Entwicklung weist offensichtlich Kontinuitäten auf, die sich im deutschen Fall bis in das 17. Jahrhundert zurückverfolgen lassen. Gleichzeitig sollten wir aber davon absehen, unsere aktuelle Gegenwart einfach nur identifikatorisch in vergangenen Figurationen eines schwierigen Verhältnisses der Gelehrten zum Geld zu spiegeln. In der Barockzeit ging es um ruinös teure „Doktorschmaus“-Feiern, um die Vermögenswerte von Privatbibliotheken und Naturalienkabinetten und ein eigenes Gebührensystem für Lehrveranstaltungen. In der Weimarer Zeit um inflationsbedingt sinkende Beamtengehälter und bedrohte Basisinvestitionen für Labormittel, Bibliotheksankäufe und Zeitschriftenabonnements und staatliche sowie private Interventionen, an denen bereits der 1920 gegründete „Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft“ sowie die „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ als Vorgänger-Organisation der DFG beteiligt waren.

Selbst wenn es also naheliegend erscheint, die aktuellen Sparmaßnahmen im Licht der gerade skizzierten Vorgeschichten zu betrachten, bleiben auf dem Weg zum vom Richard Münch bereits 2011 beschriebenen akademischen Kapitalismus viele historische und systematische Spezifika zu berücksichtigen.<sup>10</sup> Gerade auch mit Blick auf Münchs moralisch dezidierte Systemkritik können wir aus den wissenschaftshistorischen Arbeiten von Füssel und Wulz lernen, kritische Skepsis gegenüber mindestens zwei Formen hypostasierter Neutralität zu wahren: Es reicht nicht, sich mit dem festverankerten Selbstbild einer interesselosen Wissenschaft moralisierend über die Sphäre des Ökonomischen zu erheben. Und es gilt, sich auch für die Modelle einer ökonomischen Forschung zu interessieren, die ihre Hegemonie der Verleugnung ihrer eigenen impliziten Normativität verdankt.<sup>11</sup>

Weiterhelfen könnte eine interdisziplinär offene Wissenschaftsforschung, die – wie bereits auf den Weg gebracht – verschiedene Ökonomien wie z.B. Prestige-Ökonomien, Schattenökonomien und moralische Ökonomien in ihrem Wider- und Zusammenspiel erkennt und auf die jeweiligen „Verkennungslogiken“ sozial- und wissenschaftspolitischer Diskurse hin überprüft. Wie Marian Füssel anmerkt, kann eine

solche auch kulturwissenschaftlich angeregte Wissens- und Wissenschaftsgeschichte nur gelingen, wenn man auf implizite konzeptionelle Vorunterscheidungen zwischen sogenannten harten und weichen, realen und imaginären Ökonomien verzichtet.<sup>12</sup>

Bisher bleibt trotz aufschlussreicher Forschungserträge in unserer innovationshungrigen, aber wettbewerbsgebeutelten deutschen Gegenwart ziemlich vieles beim Alten. Mal sehen, ob wir nach dem 5. Oktober damit anfangen, anders zu (er)zählen, was zählt und wie es gezählt werden soll.

## References

---

1. Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder.
2. Marian Füssel, „Die Ökonomie der Gelehrtenrepublik: Moral – Markt – Wissen“, in „*Eigennutz und „gute Ordnung“*“. *Ökonomisierungen der Welt im 17. Jahrhundert*, hg. v. Sandra Richter und Guillaume Garner (Harrossowitz, 2016), 301–322, hier 304, 312.
3. Ebd., 315
4. Ebd., 317–319.
5. Ebd., 314.
6. Ebd., 312.
7. Mit herzlichem Dank an Monika Wulz, die mir Teile ihrer hoffentlich bald publizierten Studie und insbesondere die aufschlussreichen Hinweise auf Alfred Weber nach einem Vortrag am KWI überlassen hat.
8. Vgl. Alfred Weber, *Die Not der geistigen Arbeiter* (Duncker & Humblot reprints, 2014), 7, 9.
9. Dazu William Clark, *Academic Charisma and the Origins of the Research University* (Chicago University Press, 2006).
10. Richard Münch, *Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform* (Suhrkamp, 2011). Und jüngst: Ders., *Wissenschaft im Wettbewerb. Die Universität im akademischen Kapitalismus* (Campus, 2026).
11. Vgl. dazu den kürzlich erschienen Beitrag von drei Ökonom:innen auf dem Wiarda Blog: <https://www.jmwiarda.de/blog/2026/03/31/die-blinden-flecken-der-oekonomie>.
12. Vgl. Füssel, „Die Ökonomie der Gelehrtenrepublik“, 320.

SUGGESTED CITATION: Griem, Julika: Zählen was zählt. Vorgeschichten unseres Rechnungswesens im Zeichen der ExStra, in: KWI-BLOG, [<https://blog.kulturwissenschaften.de/zaehlen-was-zaehlt/>], 24.06.2026

DOI: <https://doi.org/10.37189/kwi-blog/20260624-0830>